

Protokoll des Workshops
"Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit von Gesellschaft und Demokratie"
am 2. Dezember 2013 im Wissenschaftszentrum Bonn

Teilnehmer:

Prof. Dr. Michael **Hartmann**, Professur für Elite- und Organisationssoziologie an der TU Darmstadt

Christine **Henry-Huthmacher**, Koordinatorin für Bildungs-, Familien- und Frauenpolitik in der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin

Prof. Dr. Wolfgang **Lauterbach**, Professor für Sozialwissenschaftliche Bildungsforschung, Universität Potsdam

Prof. Dr. Birgit **Leyendecker**, Fakultät für Psychologie an der Ruhr Universität Bochum

Prof. Dr. Sighard **Neckel**, Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M.

Prof. Dr. Carsten **Schröder**, Institut für Volkswirtschaftslehre, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Professur für Finanzwissenschaft, Sozialpolitik und Gesundheitsökonomik

Prof. Dr. Haci Halil **Uslucan**, Wissenschaftlicher Direktor der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung, Essen

Denkwerk Zukunft - Stiftung kulturelle Erneuerung

Meinhard **Miegel**, Vorstandsvorsitzender

Stefanie **Wahl**, Geschäftsführerin

Karsten **Gödderz**, Wissenschaftler (Protokoll)

Einführung von Stefanie Wahl

"Wachstum" ist das erste Wort der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD. Damit dürfte die Politik auch in der künftigen Legislaturperiode auf Wachstum und materielle Wohlstandsmehrung fokussiert bleiben. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Allerdings sind die Wachstumsraten seit den 1960er Jahren in allen früh industrialisierten Ländern rückläufig trotz zahlreicher Versuche der Politik, diese unter anderem durch Schulden anzukurbeln. Hier wird auf das Schaubild "Durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum pro Kopf und Jahrzehnt in Deutschland in konstanten Preisen 1960-2050" verwiesen.

Wie reagiert hierauf eine Gesellschaft, die, wie die deutsche, stark auf Wachstum und materielle Wohlstandsmehrung ausgerichtet ist? Was bedeutet dies für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Wie sehr hängt dieser von hohen und weiter steigenden Einkommen und staatlichen Sozialleistungen ab? Wie kann die Funktionsfähigkeit von Gesellschaft und Demokratie unter Bedingungen stagnierender oder sogar sinkenden materiellen Wohlstands breiter Bevölkerungsschichten aufrecht erhalten werden?

Inwieweit hängt die Funktionsfähigkeit von Gesellschaft und Demokratie von Wirtschaftswachstum sowie steigenden Einkommen und staatlichen Sozialleistungen ab?

Einige Gesprächsteilnehmer vertreten die Auffassung, dass sich in Deutschland der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Zustimmung zur Demokratie, der in den ersten Nachkriegsjahrzehnten sehr stark ausgeprägt war, gelockert hat. Hierfür spreche beispielsweise, dass in Deutschland - anders als in manchen anderen europäischen Ländern - antidemokratische Parteien trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie steigender materieller Ungleichheit keine nennenswerten Wahlerfolge erzielen konnten. Kritik an der Demokratie und deren Institutionen sei nicht Ausdruck antidemokratischer Haltung, sondern des Bedürfnisses, demokratische Strukturen und Verfahren zu verbessern. Somit könne stagnierender bzw. sinkender materieller Wohlstand die Demokratie nicht wirklich gefährden.

Dagegen führen andere Gesprächsteilnehmer die sinkende Wahlbeteiligung wirtschaftlich schwacher Bevölkerungsgruppen als Beleg dafür an, dass die Zustimmung zur Demokratie noch immer stark von der jeweiligen materiellen Situation abhängt. Aufgrund sinkender Einkommen und fehlender Aufstiegsmöglichkeiten würden breite Bevölkerungsgruppen resignieren und sich aus der Gesellschaft zurückziehen. Zwar könne die Gesellschaft für eine gewisse Zeit ohne die Unterstützung dieser Bevölkerungsgruppen bestehen. Doch werde es immer schwieriger, sie zur Beteiligung an gesellschaftlichen Aufgaben zu bewegen. Zudem gerate die Demokratie bei andauernder materieller Ungleichheit in eine Legitimationskrise. Denn ihre Glaubwürdigkeit beruhe vor allem darauf, dass sie allzu große materielle Ungleichheiten erfolgreich bekämpfe und Chancengleichheit vermehre statt vermindere.

Einigen Diskussionsteilnehmern zufolge würde ein Rückgang des materiellen Wohlstands von der Bevölkerung akzeptiert werden, wenn das Erwirtschaftete gleicher verteilt würde und die Möglichkeit bestünde, durch eigene Leistungen etwas zu erreichen. Dies sei derzeit nicht der Fall. Zwar hätten horizontale Ungleichheiten, das heißt Diskriminierungen aufgrund unterschiedlicher Hautfarbe oder Religion abgenommen. Doch sei dies durch zunehmende vertikale Ungleichheit und hier insbesondere die Einkommens- und Vermögensspreizung konterkariert worden (vgl. Schaubild "Entwicklung der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland 2000-2011"). Der Staat habe den Trend zunehmender materieller Ungleichheit nicht gebremst, sondern sogar noch beschleunigt, indem er beispielsweise die Besteuerung von Kapitaleinkünften substanziell gesenkt habe. Dadurch würden Kapitaleigner und normale Arbeitnehmer höchst ungleich belastet. Dass die Zunahme der vertikalen Ungleichheit bisher nicht zu spürbaren gesellschaftlichen Spannungen geführt habe, sei unter anderem auf die so genannte Unterschichtung, das heißt die Zuwanderung mittelloser Migranten zurückzuführen, die häufig in die untersten Positionen der Sozialhierarchie eingetreten seien.

Dem Eindruck großer Teile der Bevölkerung, gesellschaftliche Chancen seien zunehmend ungleich verteilt, könnten auch einige positive Trends z.B. im Bereich kindlicher Bildung (u.a. Zunahme der Mobilität zwischen verschiedenen Schulformen) nicht ausreichend entgegenwirken. Wirtschaftlich schwächere Bevölkerungsgruppen fühlten sich von vielen Bereichen der Gesellschaft ausgegrenzt. Auch erlebten sie in ihrem Alltag nicht, dass sich Leistung lohne. Zusätzlichen Druck erzeuge der Wettbewerbsgedanke, der immer mehr Lebensbereiche erfasse. Beispielhaft wird hier auf das Ranking von Schulleistungen, Schulen und Universitäten verwiesen. Angesichts der Tatsache, dass 80 bis 90 Prozent der Hochschulabsolventen mit der Note "gut" oder "sehr gut" abschließen, wird von einigen Teilnehmern allerdings bezweifelt, dass der Druck in deutschen Bildungseinrichtungen, namentlich in Universitäten, wirklich so hoch sei. Dem wird entgegnet, dass Schüler und Studenten mit deutlich höheren beruflichen Unsicherheiten zu kämpfen hätten als früher. Inzwischen gerieten auch so genannte Mittelschichtsfamilien unter steigenden Wettbewerbsdruck. Sie reagierten darauf mit dem Versuch, ihre angestammten Privilegien zu schützen und sich gegen wirtschaftlich schwächere Bevölkerungsgruppen abzuschotten. Dies beeinträchtigt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Sind Phasen der Transformation zwangsläufig mit zunehmender materieller Ungleichheit verbunden?

Einige Teilnehmer äußern die Vermutung, dass die Einkommensungleichheit künftig auf heutigem Niveau verharren oder sogar noch steigen werde. So sei es möglich, dass die Phase beispielloser materieller Wohlstandsmehrung, gepaart mit zunehmender materieller Gleichheit, die Deutschland und andere früh industrialisierte Länder in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg durchlaufen hätten, abgelöst werde von einer Phase stagnierender Einkommen und hoher materieller Ungleichheit, wie sie es in vorindustriellen Zeiten gegeben habe. In dieselbe Richtung zielt das Argument, dass Transformationsphasen, wie sie früh industrialisierte Länder gegenwärtig erlebten, häufig mit größerer materieller Ungleichheit einhergingen. Neue Strukturen würden neue Wachstumschancen eröffnen, die von Wissens- und

Kapitaleignern in der Regel besser genutzt werden könnten. Im Zuge technologiebedingter globaler Wandlungsprozesse würden global agierende Unternehmen auf-, regionale Arbeitsmärkte abgewertet. Dies führe zu einer zunehmenden Einkommens- und Vermögensspreizung. Träfe die Vermutung zu, würde es von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft große Anstrengungen erfordern, mehr Chancengleichheit zu verwirklichen und materielle Unterschiede gering zu halten.

Ist mehr materielle Gleichheit Voraussetzung für Ressourcenschonung?

Die Teilnehmer sind der Meinung, dass angesichts von Klimawandel und Verlust von Biodiversität der Ressourcenverbrauch gesenkt werden müsse. Damit stehe das bisherige Wachstums- und Wirtschaftsmodell zur Disposition, denn es zerstöre die Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Zwar konnte durch technische Innovationen eine relative Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum erreicht werden. Bei der absoluten Entkoppelung gebe es jedoch kaum Fortschritte. Mit zusätzlichem Wirtschaftswachstum könne das Problem nicht gelöst werden. Deshalb halten einige Teilnehmer den Übergang zu einer Postwachstumsgesellschaft für unvermeidlich.

Uneinigkeit besteht, ob das Ziel einer ressourcenschonenderen Wirtschaft und Gesellschaft eher durch mehr materielle Gleichheit oder eher durch mehr materielle Ungleichheit erreicht werden könne. Für Ersteres spreche, dass materielle Ungleichheit wachstumstreibend wirke. Ferner hätten wirtschaftlich starke Bevölkerungsgruppen einen wesentlich höheren ökologischen Fußabdruck als wirtschaftlich schwache. Außerdem führe größere materielle Gleichheit zu höherer individueller Zufriedenheit. Das dränge kompensatorischen materiellen Konsum zurück.

Dem wird entgegnet, dass ein höheres Maß an materieller Gleichheit den umweltschädlichen Massenkonsum erst ermögliche. Bei hoher materieller Ungleichheit läge dagegen viel Kapital ungenutzt auf Bankkonten. Dagegen wird wiederum eingewendet, dass dieses Kapital auf der Suche nach renditeträchtigen Investitionen um den Globus vagabundiere und als Investition beispielsweise in die boomende spanische Bauwirtschaft die Qualität der Umwelt erheblich beeinträchtigt habe. Außerdem sei eine Gesellschaft, in der Ungleichheit zunimmt und Einkommen tendenziell sinken, in einer demokratischen Postwachstumsgesellschaft nicht vorstellbar.

Können die Ziele Ressourcenschonung, hohe materielle Gleichheit und Wirtschaftswachstum gemeinsam erreicht werden?

Die Bevölkerungen der früh industrialisierten Länder, namentlich Deutschlands - so die Teilnehmer - befänden sich in einem Dilemma. Auf der einen Seite reiche der derzeitige Wissens- und Könnensstand nicht aus, um so zu produzieren und zu konsumieren, dass die eigenen Lebensgrundlagen und die künftiger Generationen nicht beeinträchtigt werden. Weiteres Wachstum verbräuche häufig zusätzliche Ressourcen. Auf der anderen Seite sei es schwierig, ohne Wirtschaftswachstum den Lebensstandard breiter Bevölkerungsgruppen zu erhöhen und größere materielle Gleichheit für möglichst große Bevölkerungsgruppen zu erzielen. Zudem hänge die Funktionsfä-

higkeit vieler Bereiche des Gemeinwesens, wie soziale Sicherheit oder ausgeglichene öffentliche Haushalte, von Wirtschaftswachstum ab.

Erschwerend komme hinzu, dass politische Parteien, die die zunehmende Schere zwischen arm und reich schließen wollten, bei Wahlen regelmäßig abgestraft würden. Unter diesen Bedingungen sei es schwer, den Druck auf die natürlichen Ressourcen der Erde durch ein höheres Maß an materieller Gleichheit zu verringern. Deshalb sei durchaus fraglich, ob und wie die freiheitlich demokratische Ordnung auf Dauer gewährleistet werden könne.

Dagegen wird eingewendet, dass das Ziel höherer materieller Gleichheit, verbunden mit einem umfassenden gesellschaftlichen Wandel bisher nicht ernsthaft verfolgt worden sei. Ursächlich hierfür seien zum einen starke Wirtschaftslobbys, die es verstünden, ihre Interessen durchzusetzen und einen Wandel hin zu ressourcenschonenderen Produktions- und Lebensweisen zu verhindern. Zum anderen fehle ein überzeugendes Leitbild, an dem sich Politik und Gesellschaft ausrichten könnten. Dadurch komme es nicht nur zu einem ständigen Wechsel politischer Ziele, sondern auch zu Fehlentwicklungen, die im Nachhinein wieder korrigiert werden müssten. Und schließlich müssten viele Maßnahmen und Strategien gleichzeitig in Gang gesetzt werden, was politisch schwer durchsetzbar sei.

Die Politik sei sich dieses Dilemmas bisher nicht hinreichend bewusst. Sie setze zur Lösung der Probleme weiter auf Wachstum. Um das zu erreichen, würden immer weitere Lebensbereiche für den Markt erschlossen. Doch was ist der Wert von immer mehr Gütern, wenn durch ihre Nutzung die Lebensgrundlagen aller beeinträchtigt werden? Deshalb sei ein Paradigmenwechsel hin zu nachhaltigeren Wirtschafts- und Lebensweisen erforderlich. Gesellschaftlicher Fortschritt dürfe nicht länger vorrangig an ökonomischen Kriterien gemessen werden, sondern müsse auch außerökonomische - wie Umweltqualität oder Lebenszufriedenheit der Menschen - einbeziehen.

Wie kann der geforderte Paradigmenwechsel erreicht werden? Ist die Energiewende ein Vorbild?

Einige Teilnehmer sind skeptisch, ob der Paradigmenwechsel durch einen groß angelegten Gesellschaftsentwurf erreicht werden könne. Gesellschaftliche Veränderungen könnten nur bedingt gesteuert werden. Ein Gesprächsteilnehmer empfiehlt deshalb, die Energiewende zum Vorbild für den geforderten gesellschaftlichen Paradigmenwechsel zu nehmen und diesen sofort und somit relativ unvorbereitet einzuleiten. Wichtig sei, der Bevölkerung zu vermitteln, dass es bei heutigem Wissensstand gute Gründe für diese Entscheidung gebe und den Wandel entschlossen anzugehen. Dem wird entgegengehalten, dass die Energiewende zwar nicht formal, aber doch mental vorbereitet gewesen sei. Dabei wird unter anderem auf die seit 40 Jahren aktive AKW-Bewegung verwiesen. Hinzu sei Handlungsdruck durch die Katastrophe von Fukushima gekommen.

Um einen echten Paradigmenwechsel zu erreichen, müssten vor allem ein "institutionalisiertes, akteursbedingtes Problembewusstsein" und ein eindeutiger Handlungsdruck, gepaart mit Angstgefühlen vorhanden sein. Gleichwohl dürfe Angst nicht die Entscheidungen diktieren, da unter Bedingungen der Angst das rationale Urteilsvermögen sowie die Wahrnehmung von Alternativen getrübt seien. Beide Vorausset-

zungen seien für den Wandel zu einer nachhaltigeren Gesellschaft derzeit nicht erfüllt. Zwar gebe es in Teilen der Gesellschaft nicht zuletzt aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ein höheres Problembewusstsein hinsichtlich der wachsenden Ökonomisierung von immer mehr Lebensbereichen und der zunehmenden materiellen Ungleichheit. Auch könne ein Bewusstseins- und Verhaltenswandel bereits durch eine Minderheit von fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung, die konsequent nachhaltige Wirtschafts- und Lebensstile pflegen, angestoßen werden. Als Beispiel werden die Rückkehr des Genossenschaftsgedankens, Tauschbörsen mit dem Ziel ressourcenschonenden Verhaltens oder wachsendes bürgerschaftliches Engagement genannt. Dies könne auf Resonanz in der Bevölkerung stoßen und größere Bevölkerungsgruppen zum Umdenken bringen. Der notwendige Handlungsdruck, insbesondere auch für die Politik, bestehe jedoch noch nicht.

Dennoch sei es wichtig, den erforderlichen Wandel in der Bevölkerung mental vorzubereiten, selbst wenn dies einige Zeit in Anspruch nehme. Hierzu müsse der Begriff des Wandels positiv besetzt werden. Die Menschen dürften ihn nicht in erster Linie mit Verzicht oder der Einschränkung von Freiheit in Verbindung bringen. Hilfreich wäre deshalb unter anderem, externe Kosten wirtschaftlicher Aktivitäten zu internalisieren. Würde nämlich der Einzelne mit den wahren Kosten seiner Lebensweise konfrontiert, müsste er die Verantwortung für die ökologischen und sozialen Folgen seines Konsums übernehmen und könnte diese nicht länger auf Menschen in anderen Regionen und künftige Generationen abwälzen. Darüber hinaus müssten viele Maßnahmen gleichzeitig ergriffen werden. Mit einer groß angelegten Veränderungskampagne seien viele Menschen überfordert und würden sie deshalb ablehnen.

Wie können gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie unter Bedingungen stagnierenden bzw. sinkenden materiellen Wohlstands und der Schonung von Ressourcen gewährleistet werden?

Hierzu werden einige Vorschläge unterbreitet. Besonders wichtig sind solche, die sowohl den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken als auch zur Ressourcenschonung beitragen. Voraussetzung hierfür sei - so einige Teilnehmer - die bewusste Förderung integrativen Denkens. Beispielsweise müssten Wirtschaft und Umwelt zusammen gedacht und der Erfolg einer Maßnahme nicht nur an ihrem wirtschaftlichen Gewinn, sondern auch an ihren Auswirkungen auf Natur und Umwelt gemessen werden. Insbesondere sollte bürgerschaftliches Engagement in Kommunen in Form von genossenschaftlich organisierter Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien, Repaircafés oder urbanen Gartenprojekten gestärkt werden, da hier Ressourcen sparsam eingesetzt und zugleich unterschiedliche Gruppen gesellschaftlich eingebunden würden. Allerdings zeigten bisherige Erfahrungen, dass es schwierig sei, wirtschaftlich schwache Bevölkerungsgruppen zur Mitwirkung an solchen Projekten zu gewinnen. Hier müsste über neue Wege nachgedacht werden, wie diese Bevölkerungsgruppen künftig einbezogen werden könnten.

Ferner wird dafür plädiert, die Integrationskraft von Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Bildung konsequent zu nutzen, um zu verhindern, dass Bevölkerungsgruppen gesellschaftlich ausgegrenzt würden. Würde es parallel dazu gelingen, die individuelle Arbeitsmenge flächendeckend auf unter 30 Stunden zu reduzieren, wäre ein weiterer

Beitrag zur Ressourcenschonung geleistet. Zudem gewönne der Einzelne mehr Flexibilität und Lebensqualität. Allerdings müssten deutlich niedrigere Einkommen akzeptiert werden. Die Gesprächsteilnehmer äußern Zweifel, ob sich dies politisch durchsetzen lässt.

Darüber hinaus schlagen Gesprächsteilnehmer vor, die Lebensqualität von Bürgern zu erhöhen, indem staatliche Institutionen bzw. die Rolle von Kollektivgütern wie Bildungs-, Sport-, und Kultureinrichtungen oder Parks, die gesellschaftliche Bindekräfte entfalten könnten, gestärkt würden. Ferner solle der gesellschaftliche Zusammenhalt gefestigt werden, indem vertikale Ungleichheit künftig ebenso geächtet würde wie horizontale Ungleichheit.

Bonn, Dezember 2013